

Texte de l'interpellation du 5 octobre 1990

L'auteur de l'interpellation ne saurait se satisfaire de la réponse du Conseil fédéral à sa question ordinaire (90.1108) du 21 juin 1989 sur le sujet cité et estime que les renseignements fournis sont rudimentaires, peu satisfaisants et incomplets. Il réitère donc ses questions à l'intention du Conseil fédéral dans l'espoir de recevoir cette fois une réponse complète et satisfaisante:

1. Depuis l'entrée en vigueur de la loi sur la protection de l'environnement le 1er janvier 1985, des ordonnances sur la protection contre le bruit et sur la protection de l'air, ainsi que depuis la mise en oeuvre des études d'impact sur l'environnement, à combien se sont élevés jusqu'à présent les dépenses incombant à la Confédération pour ses propres installations, notamment:

- les ouvrages militaires
- les installations des CFF
- celles des PTT
- les autres constructions importantes?

2. A combien faut-il estimer les coûts des travaux d'assainissement et les indemnités pour réparation des dégâts s'agissant des constructions existantes mentionnées plus haut ainsi que des routes nationales?

3. A combien faut-il estimer les frais supplémentaires incombant à la Confédération pour les grands projets de construction qui ont été adoptés ou élaborés avant l'entrée en vigueur des importantes ordonnances sur la protection de l'environnement, soit:

- RAIL 2000
- Routes nationales?

Mitunterzeichner – Cosignataires: Basler, Daepf, Fischer-Hägglingen, Hari, Hess Otto, Luder, Müller-Wiliberg, Rutishauser, Seiler Hanspeter (9)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

1. Das gestützt auf Artikel 24 septies der Bundesverfassung erlassene und am 1. Januar 1985 in Kraft getretene Umweltschutzgesetz sieht Massnahmen vor, welche bei der Realisierung zu erheblichen Kostensteigerungen führen.

2. Es ist selbstverständlich davon auszugehen, dass der Bund sich an den Erlass von Verordnungen zu halten hat und dass die erlassenen Massnahmen durchgesetzt werden müssen. Ebenso sehr muss aber vom Bundesrat verlangt werden, sich beim Erlass von Verordnungen gebührend Rechenschaft über die finanziellen Folgen von Massnahmen zu geben.

3. Die Information über die effektiven Ausgaben der öffentlichen Hand für Massnahmen im Umweltschutz bei eigenen Anlagen ist von grosser Bedeutung. Es fragt sich, ob bei Regiebetrieben die Kosten voll zu Lasten des Betriebes zu gehen haben oder separat abzugelten sind.

*Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 26. November 1990**Rapport écrit du Conseil fédéral du 26 novembre 1990*

Der Bundesrat hat in seiner Antwort auf die Einfache Anfrage des Interpellanten (90.1108) die verfügbaren Informationen zu den Kosten von Umweltschutzmassnahmen bei bestehenden und geplanten Bauvorhaben des Bundes abgegeben.

Er hat gleichzeitig auch dargelegt, warum es nicht einfach ist, zum heutigen Zeitpunkt die Sanierungskosten bei bestehenden Anlagen und Mehrkosten bei neuen Bauvorhaben zuverlässig abzuschätzen (ausstehende Massnahmenpläne der Kantone für Lärmsanierungen, problematische Abgrenzung der umweltschutzbedingten Kosten von anderen Projektkosten bei neuen Anlagen). Diese Gründe sind nach wie vor zutreffend. Die Frage nach den Kosten lässt sich deshalb gegenwärtig noch nicht wesentlich präziser beantworten. Der Bundesrat ist aber selbstverständlich bereit, weitere Angaben bekanntzugeben, sobald dies möglich ist.

Eine neue Schätzung liegt für die «Bahn 2000» vor. Von den 3,6 Milliarden Franken Mehrkosten der «Bahn 2000» (neu geschätzte Gesamtkosten von 9 statt 5,4 Milliarden Franken) ent-

Mehraufwendungen im Zusammenhang mit Umweltschutzaufgaben (Lärmschutz usw.).

Präsident: Der Interpellant ist von der Antwort des Bundesrates nicht befriedigt. Er beantragt Diskussion.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag auf Diskussion
Dagegen

offensichtliche Mehrheit
Minderheit

Verschoben – Renvoyé

90.531

**Interpellation
der grünen Fraktion
Massnahmen des Bundesrates
zur Bewältigung der von der Puk 1
kritisierten Missstände**

**Interpellation
du groupe écologiste
Critiques de la CEP 1. Mesures
à prendre par la Conseil fédéral**

Wortlaut der Interpellation vom 6. Juni 1990

Der Bundesrat wird angefragt, in welcher Prioritätsordnung und in welchem Zeitrahmen er welche Vorkehren zu treffen beabsichtigt, um die von der Puk 1 kritisierten Missstände zu beseitigen?

Texte de l'interpellation du 6 juin 1990

Le Conseil fédéral est prié de dire quelles mesures il compte prendre, selon quel ordre de priorité et suivant quel calendrier, afin d'éliminer les défauts dénoncés par la CEP 1.

*Sprecher – Porte-parole: Thür**Schriftliche Begründung – Développement par écrit*

Die Urheber verzichten auf eine Begründung und wünschen eine schriftliche Antwort.

*Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 24. September 1990**Rapport écrit du Conseil fédéral du 24 septembre 1990*

Der Bundesrat hat unmittelbar nach der Veröffentlichung des Berichts der Parlamentarischen Untersuchungskommission (Puk) die ersten Sofortmassnahmen im Hinblick auf eine umfassende Überprüfung der kritisierten Verwaltungseinheiten und ihrer Arbeitsabläufe getroffen. Die Umsetzung dieser Reformen muss allerdings parallel zu den umfangreichen Massnahmen zur Vergangenheitsbewältigung erfolgen, welche im Gefolge der öffentlichen Diskussion eingeleitet werden mussten.

Als erste Sofortmassnahme wurden am 19. Januar 1990 die Richtlinien für Meldungen der Kantone und Informationsbearbeitungen bei der Bundesanwaltschaft im Bereiche des Staatsschutzes erlassen, womit die Informationsflüsse zur Bundesanwaltschaft und die Informationsverarbeitung in diesem Amt auf das Notwendige beschränkt wurden. Mit Hilfe einer breitangelegten Projektorganisation, in der die mitinteressierte Verwaltung und beigezogene Experten eng zusammenarbeiten, werden die parlamentarischen Vorstösse und die Erkenntnisse der Puk umgesetzt. Das Konzept der Reorganisation soll im Frühjahr 1991 dem Bundesrat unterbreitet werden. In der Zwischenzeit wurde mit zeitlicher Priorität an zwei Ver-

Personensicherheitsprüfungen durch einlässlichere vorläufige Rechtsgrundlagen geregelt werden sollen. In den nächsten Wochen wird der Bundesrat ebenfalls eine Zusatzbotschaft zum Datenschutzgesetz zuhanden der eidgenössischen Räte verabschieden, welche die Erkenntnisse der Puk in die hängige Vorlage einfließen lässt.

Sachlich prioritär arbeitet das EJPD ein Staatsschutzgesetz aus, mit dem die notwendige präventive Polizeitätigkeit geregelt werden soll. Für 1991 ist darüber eine Vernehmlassung vorgesehen.

Präsident: Die Interpellanten sind von der Antwort des Bundesrates nicht befriedigt. Sie beantragen Diskussion.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag auf Diskussion	38 Stimmen
Dagegen	53 Stimmen

90.586

Interpellation Pitteloud

Argentinische Agenten in der Schweiz.

Haltung des EJPD

Affaire des agents argentins emprisonnés en Suisse et responsabilité du DFJP

Wortlaut der Interpellation vom 20. Juni 1990

Im Dezember 1985 bat ich Frau Kopp, die damalige Vorsteherin des EJPD, in einer Interpellation um Auskunft über das Auslieferungsverfahren, das gegen die fünf argentinischen Staatsangehörigen lief, die 1981 in Genf verhaftet worden waren und sich als Agenten des Geheimdienstes und der argentinischen Armee entpuppt hatten. Ich erhielt damals zu zahlreichen unklaren Punkten, namentlich in bezug auf die Haftbedingungen der Argentinier in der Schweiz und die Flucht eines von ihnen, keine Erklärung. Am 24. April 1990 zeigte die Sendung «Rundschau» des Deutschschweizer Fernsehens, dass die weitere Entwicklung dieser Angelegenheit nicht weniger unklar ist und dass sich zwei dieser Argentinier wegen Unregelmässigkeiten, die unter anderem von der damaligen Vorsteherin des Departements gebilligt worden seien, ihrer Auslieferung entzogen haben sollen. Die Hintergründe dieser Angelegenheit sollten aufgeklärt und das Dossier entweder der Puk 1 oder der Geschäftsprüfungskommission übergeben werden.

Meinerseits stelle ich dem Bundesrat folgende Fragen:

1. Stimmt es, dass Sanchez Reisse Fluchthilfe geleistet wurde, eventuell sogar von einem Schweizer Polizisten?
2. Ist es wahr, dass seine Ehefrau Mariana Bosch Reisse aufgrund eines Entscheids des Kantons Zürich vom 23. September 1986 im Gefängnis von Hinwil bleiben konnte, obwohl sie diese Anstalt im Herbst 1986 hätte verlassen sollen, da ihr die bedingte Haftentlassung gewährt worden war, und obwohl sie hätte ausgeliefert werden können?
3. Welches waren die Gründe für diesen Entscheid, den der Kanton Zürich getroffen hat, obwohl sich die Schweiz verpflichtet hatte, Frau Bosch nach Verbüssung ihrer Strafe, also im Oktober 1986, auszuliefern?
4. Ist es wahr, dass Frau Kopp im Oktober 1986 dagegen war, dass das Bap gegen den Entscheid des Kantons Zürich Beschwerde erhob?
5. Ist es wahr, dass Frau Bosch ihre Scheidung in Verletzung des Prinzips des zwischenstaatlichen Rechts (Argentinien gestattet die Scheidung nicht) erlangt und die Schweiz vor dieser Rechtsverletzung die Augen verschlossen hat?
6. Stimmt es, dass Frau Bosch ebenso widerrechtlich von den

Heiratung mit einem Schweizer Bürger erwirkte und dass der Botschafter der Schweiz in Mexiko dies in einem Brief an die Schweizer Behörden bezeugte, während Frau Bosch Reisse sich immer noch im Gefängnis befand?

7. Ist es wahr, dass sie sich dank einer Intervention von Frau Kopp durch diese Machenschaften der Auslieferung entziehen konnte?

8. Stimmt es, dass Bundesrat Koller dem Vizedirektor des Bap, Herrn Schmid, untersagt hat, für die Sendung «Rundschau» und auch danach Fragen zu diesem Thema zu beantworten?

9. Ist es wahr, dass Frau Kopp während der Vorbereitung der Fernsehsendung auf ihr Begehren Dokumente über diese Angelegenheit übergeben wurden?

10. Ist es wahr, dass ein Beamter des Bap in bezug auf diese Angelegenheit geschrieben hat: «Hoffentlich erfährt die Presse nie vom Ausgang dieser Angelegenheit»?

11. Ist der Bundesrat bereit, Licht in diese Angelegenheit zu bringen, und ist er nicht auch der Meinung, dieses Dossier sollte der Puk 1 oder ihrem Nachfolgeorgan übergeben werden?

Texte de l'interpellation du 20 juin 1990

En décembre 1985, j'avais interpellé Mme Kopp, alors chef du DFJP, sur la façon dont se déroulait la procédure d'extradition des cinq ressortissants argentins qui avaient été arrêtés à Genève en 1981 et qui s'étaient révélés être des agents des services secrets et de l'armée argentine. Je n'avais à l'époque pas obtenu d'explications sur les nombreux points obscurs concernant notamment leurs conditions de détention en Suisse et l'évasion d'un d'entre eux. En date du 24 avril 1990, une émission de la TV Suisse alémanique «Rundschau» montrait que les suites de cette affaire ne sont pas plus claires, et que ce serait en raison d'irrégularités autorisées entre autres par le chef du département alors en fonction, que deux de ces argentins auraient échappé à l'extradition. Les motifs sous-tendant toute cette affaire devraient être éclaircis et transmis soit à la CEP 1 soit à la commission de gestion.

Pour ma part, je pose au Conseil fédéral les questions suivantes:

1. Est-il vrai que M. Sanchez Reisse aurait bénéficié d'appuis, pour son évasion, peut-être même par un policier suisse?
2. Est-il vrai que son épouse Mariana Bosch Reisse a pu rester en prison à Hinwil alors qu'elle devait quitter cet établissement à l'automne 1986, étant au bénéfice de la liberté conditionnelle, et ceci suite à une décision du canton de Zurich du 23 septembre 1986 alors qu'elle était extradable?
3. Quelles ont été les motifs de cette décision du canton de Zurich alors que la Suisse s'était engagée à extraditer Mme Bosch au terme de sa peine, soit en octobre 1986?
4. Est-il vrai que Mme Kopp s'est opposée en octobre 1986 à ce que l'OFP fasse recours contre cette décision du canton de Zurich?
5. Est-il vrai que Mme Bosch a obtenu son divorce en violation du principe du droit entre États (l'Argentine n'admettant pas cet acte) et que la Suisse aurait fermé les yeux sur cette violation?
6. Est-il exact qu'elle a obtenu un certificat de remariage avec un citoyen suisse tout aussi illégalement devant les autorités de Mexico City et que l'ambassadeur de Suisse au Mexique en a témoigné par lettre aux autorités suisses alors que Mme Bosch Reisse se trouvait toujours en prison?
7. Est-il vrai que c'est en raison d'une intervention de Mme Kopp, qu'elle a par ces manœuvres, échappé à son extradition?
8. Est-il exact que M. le conseiller fédéral Koller a interdit au vice-directeur de l'OFP, M. Schmid, de répondre à des questions à ce sujet pour l'émission «Rundschau» et par la suite aussi?
9. Est-il vrai que sur demande de Mme Kopp durant la préparation de l'émission TV, des pièces concernant cette affaire lui auraient été remises?
10. Est-il vrai qu'un fonctionnaire de l'OFP a écrit à propos de cette affaire: «Pourtant que la presse n'apprenne jamais ce dé-